

DECLASSIFIED AND RELEASED BY
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
SOURCE METHOD EXEMPTION 3928
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT
DATE 2008

zu verdrängen, und zu weiteren Kriegs-
anstrengungen in den USA.

Der Krieg sich fünf Tage bis zur
Verhandlung einer - in Massen am
regelmäßigen Ansehen seiner Propa-
ganda-Artiklen - vergleichsweise zu-
rückhaltenden Erklärung Zeit ließ,
haben China-Botschafter in Hongkong
auf die durchsicht nicht ungetriebenen und
zu den gesamten Beziehungen zwi-
schen Peking und Peking zurück.

Diese Beobachter zweifeln daran, daß
Chiang Kai-shek zu mehr als Legalitäts-
erklärungen und propagandistischer
Schutzhilfe für die Nordkoreaner
interessiert sein kann. Abgesehen von

...Präsidenten in Hongkong, und
in der chinesischen Erklärung - bisher
hatte Peking sich auf die Wiedergabe
der nordkoreanischen Version der Zwei-
schrittel-Verhandlung - jede Erwäh-
nung des 1961 geschlossenen Beistands-
pakt zwischen Pjöngjang und Peking
vermieden wurde, ebenso wie jede kon-
krete Drohung für den Fall des mili-
tären Eingreifens der Vereinten
Nationen.

Diplomatische Beobachter sind daher
überzeugt, daß - ebenso wie Moskau
- auch China an einer dramatischen
Zuspitzung der „Pueblo“-Krise nicht ge-
hen kann. Um so rätselhafter er-
scheint ihnen die Motivierung des nord-

terrand - des
zu suchen sei.

Immerhin ist
daß es sich um die
unregelmäßigen Über-
ner gegen ein lohn
ungeschütztes Obje-
Folgen nicht sofort
erkannt wurden, v
fertigung“ Pjöngja
eine unausweichlich
ist, Nordkorea sch
entschieden, die
allen psychologis-
„Pueblo“-Krise für
krieg gegen Seoul z

Ben Nathan: Israel kein Feind der Araber

Von unserem Redaktionsmitglied

Bl. Berlin, 29. Januar

Nicht Israel ist der Feind der ara-
bischen Staaten, sondern vielmehr die
eigene Armut, Haß und Krankheit,
sagte der israelische Botschafter in der
Bundesrepublik, Ben Nathan, in einer
Rede zum Thema „Israel - Nahost -
Bundesrepublik“ vor dem vollbesetzten
Auditorium maximum der Freien Uni-
versität Berlin.

Ben Nathan äußerte weiter die An-
sicht, Präsident Nasser habe im Mai 1967
„günstige Umstände“ für einen Krieg
gegen Israel gesehen. Dafür spräche die
Politische Union der Arabischen Staa-
ten, die sehr weit gediehenen mili-
tärlichen Vorbereitungen sowie die be-
wußt betriebene außenpolitische Isolie-
rung Israels.

Mit aller Entschiedenheit erklärte der
Botschafter, die jetzigen Grenzen blie-
ben so lange bestehen, bis sie von end-
gültigen Grenzen abgelöst würden. Eine
Zurückstreckung der Grenzen auf die
Linien vor dem Juni-Feindtag wäre nicht
nur politisch, sondern auch psycholo-
gisch unklug, da dies nur die arabischen
Extremisten zu neuen Forderungen
animieren würde.

WEU-Außenminister beraten England-Frage

Von unserem Korrespondenten

sch. Brüssel, 29. Januar

Zu einer anderthalbtägigen politi-
schen Tour d'horizon sind am Montag-
nachmittag in Brüssel die Außenmini-
ster der Mitgliedstaaten der Westeuro-
päischen Union (WEU) zusammen-
gekommen. Der französische Außen-
minister Couve de Murville ließ sich
durch einen hohen Beamten seines Mi-
nisteriums vertreten.

Nach dem allgemeinen Informations-
und Meinungsaustausch über die Haupt-
knoten der internationalen Politik wol-
len sich die Minister insbesondere mit
der Frage befassen, wie die europäischen
Einigungsbestrebungen aus dem Europä-
pakt in dem sie sich als wichtig be-
weisen, herausgeführt, und die Lösun-
gen für eine Annäherung zwi-
schen den Mitgliedstaaten der WEU
bestimmten an die Europäischen Ge-
meinschaften geübt werden können.

Die Westeuropäische Union, die außer
den sechs EWG-Staaten auch Groß-
britannien angehört, könnte sich hier
nach Ansicht politischer Beobachter als
ein nützliches Forum für die Entwick-
lung neuer Formen der Kooperation er-
weisen.

PRESSE-ECHO

Frankfurter Allgemeine

Im Schatten der Guillotine

Über die Überdritt „Im Schatten der
Guillotine“ hat sich das unabhängige
Blatt mit der Zukunft der FDP.

So könnten ich nach der Wahl von
1969, wie die Wähler sich entscheiden,
müde Taten abtun, - wenn die FDP
nicht von vornherein zugeht. Das
ist die einzige Lösung, die sich aus der Hoff-

„PUEBLO“-KONFLIKT

Sowjets lehnen Diplomaten-Ko

Kossygin will nicht von seinem Indien-Besuch

Kabelbericht unseres Korrespondenten

Kil. Washington, 29. Januar

Ohne Erfolg sind die Versuche ameri-
kanischer Diplomaten in Neu-Delhi ge-
blieben, mit sowjetischen Beamten aus
der Umgebung Premierministers Kossy-
gin in Verbindung zu treten und den
Fall „Pueblo“ zu besprechen.

Das State Department in Washington
hatte den Vorschlag der US-Botschaft
in Indien genehmigt, Kontakte mit der
sowjetischen Delegation in Indien aufzu-
nehmen. Die US-Diplomaten sollten Be-
richte von Korrespondenten amerikani-
scher Zeitungen nachprüfen, die aus der
Umgebung Kossygin erfahren haben
wollten, die Sowjets hätten eine Formel
für die Freilassung des „Pueblo“-Zwi-
schensfalls. Aber die Sowjetdiplomaten
haben die Aufnahme von Kontakten
abgelehnt.

Diese Zurückweisung braucht aber
nach Ansicht diplomatischer Beobachter
noch nicht zu bedeuten, daß die Sowjets
kein Interesse an der Lösung des
Pueblo-Konflikts hätten. Sie wollen
offenbar nur während des Aufenthalts
Kossygin in Indien die Aufmerksamkeit
nicht von dem Zweck des Staats-
besuchs - „Stärkung der sowjetisch-
indischen Beziehungen - durch eine
Dämpfung der Korea-Krise ablenken.
Aus diesem Grunde wurde auch eine
Presskonferenz Kossygin für Dienstag
abgesagt.

Die angebliche so
formal lautet: Aust
nen US-Soldate an
Südkorea gefangen
Schuldenerkenntnis
schen hat aber Sü
Verfahren als unsinn
korea hat dagegen
austausch als gangl
ebenfalls aus Neu-D

Der militärische A
Korea geht weiter.
ministerium in Wasi
abgelehnt, Berichte
schreibungen jedesma
weil sonst „Informa-
schem Wert“ vergeb
folihlshaber (der US-)
korea, der gleichzeit
südkoreanischen Luft
klärt, daß die MILIT
korea für die Aufna
kungen vorbereitet
Verstärkungen eintre
um F-102-Abfangj
bomber und F-4-
flügezeuge handlin
kanischen und südk
streitkräfte der nord
waffe unterlegen.

Der amerikanische
berra“ und ein Begle
zeitig den japanische
verlassen; nach Ans
experten werden die
US-Flottenverband st
Zwischenfall vor Nor

MADRID

Polizei besetzt Universitätsge

Sonderbeamte kontrollieren jeden Hörsaal und Ve

Von unserem Korrespondenten

Gü. Madrid, 29. Januar

Die Polizei erfüllt die Aufgabe, die
sich die spanische Regierung bei ihrer
Kabinettsitzung in der vergangenen
Woche gestellt hatte, als sie sich ent-
schloß, Ruhe und Ordnung an der Ma-
drider Universität wiederherzustellen.

Seit Montagvormittag patrouillieren
in jedem Madrider Fakultätsgebäude
rund 40 Polizeibeamte in Zivil. Sie sind
durch ein besonderes Abzeichen als
„Universitätspolizei“ gekennzeichnet
und haben die Recht, jeden Hörsaal zu
betreten und jeder Studentenversam-
lung beizuwohnen, um gegebenenfalls
einzuschreiten. Sie stehen zur Verfügung
des Rektors und der Dekane.

Außerhalb der Gebäude marschierte
am Montag motorisierte Bereitschafts-
polizei auf, die sich besonders vor dem
Gebäude für Naturwissenschaften kon-
zentrierte. Verstärkt wurden die Polizei-
patrouillen in den Anlagen der Uni-
versitätsstadt und an den Eingängen der
Gebäude.

Die ausgeschlossenen Studenten der

Naturwissenschaften
den veränderten Bedi
entsprechenden Gebü
ben. Auf diese We
wünschte Studenten v
dium, zumindest an e
versität, ferngehalten
den von den ausge
der „philosophischen
schaftlichen“ Fakultät
Montagsmorgen, nur
der Rechtswissensch
schwächer als sonst v

Im übrigen herrscht
versitätsbetrieb. Wie
sich auch einige Profe
sen abzuwarten. Jedo
fessoren der Juristis
men am Montag ihr

Die von den Stud
schriftlichen Professo
geforderte Universit
Struktur und Lehrm
Universitäten den Rech
angepaßt werden sollt
„Bildungsdekret“ der
erwähnt. Der Konflikt
dann erhalten, wenn e
die politische Opositio

SED fordert Vertrag

...SED fordert Vertrag

Weitere Vorb

...Weitere Vorb